

Zwei Jahre ist das Modellprojekt „Interkulturelle Stadtentwicklung“ in den Städten Bergkamen, Duisburg und Königswinter von unserem Büro bearbeitet worden. Der Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport, Michael Vesper, hat das Projekt zum Abschluss im Dezember 2003 dem Migrationsausschuss des Landtags vorgestellt. Einhellige Meinung ist, dass die aufsuchende Beteiligung von Zugewanderten ein wichtiger Schlüsselfaktor ist, um ihr Interesse und Engagement für öffentliche Entwicklungsprozesse zu wecken. In diesem Heft stellt Berthold Boden den Prozess und die Besonderheiten des Projekts in Bergkamen dar. Großen Zuspruch erfuhr unser Beteiligungsprozess zur Rahmenplanung im Kölner Westen. An fünf Themenabenden und dem Abschlussforum kamen jeweils über 200 Bürger, Investoren und Gewerbetreibende, um ihre Interessen für die Entwicklung des Altgewerbegebiets zu vertreten. Die Größe des Gebiets von ca. 420 ha und die sehr unterschiedlichen Interessen von Bürgergruppen auf der einen Seite, Investoren und Gewerbetreibenden auf der anderen Seite und Politik und Verwaltung auf einer dritten Seite haben die Konsensfindung eher schwierig gemacht. Hildegard Jahn-Schnelle berichtet aus teilnehmender Bürgersicht über das Verfahren. Der dritte Beitrag beschäftigt sich mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans in der Stadt Hückeswagen, die wir bearbeiten. Der Beitrag schließt an die kritischen Fragestellungen im Artikel „Quo vadis FNP?“ an, die in europlan 03/2003 diskutiert wurden. Auf der Rückseite finden Sie eine interessante Gegenüberstellung, wo die Reichen der Welt und wo die Jungen der Welt leben. Dabei krümmt sich die Weltkugel beachtlich. Die Abbildungen stammen aus einem Vortrag von Prof. Dr. Klaus Töpfer, Direktor des UN-Umweltprogramms (UNEP). Viel Spaß beim Lesen von europlan 01/2004!

ISSN 0947-8361

In dieser Ausgabe:

Bergkamen interkulturell – Modellprojekt
Interkulturelle Stadtentwicklung

Bürgerschaftliches Engagement
lohnt sich doch

Ein neuer Flächennutzungsplan für
die Stadt Hückeswagen

1/2004

Bergkamen interkulturell

Eine Modellstadt stellt das Projekt Interkulturelle Stadtentwicklung vor

Der Migrationsprozess der Gastarbeiter war beschäftigungsbedingt besonders ein Phänomen der Mittelstädte, die stark durch industrielle Entwicklungen geprägt sind. Dies zeigt sich deutlich in Bergkamen, einst eine der größten Bergbaustädte des Landes mit ca. 13.000 Bergarbeitern. Von den heute 54.000 Einwohnern sind ca. 12 Prozent Ausländer und in der Innenstadt steigt ihr Anteil an der Bevölkerung auf 27 Prozent, ein Drittel davon ist türkischer Abstammung. Einzelne Straßenzüge haben einen türkischen Bewohneranteil von über 65 Prozent. Unabhängig von der erforderlichen gesellschaftlichen und sozialen Integration tragen sie nicht nur zur Stabilität der Einwohnerentwicklung bei: Migrantinnen und Migranten haben hier ihre Heimat gefunden. Deshalb ist es politische Verpflichtung, sie an der kommunalen Stadtentwicklung zu beteiligen.



Zielsetzung des Modellprojekts „Interkulturelle Stadtentwicklung“ war die Ermittlung von wirtschaftlichen Aktivitäten, von Vorstellungen zur Entwicklung der (Innen-) Stadt als Wirtschaftsstandort und die städtebaulichen Vorstellungen. Am Ende des Prozesses sollte eine nachhaltige Beteiligungsstruktur für Zugewanderte aufgebaut sein, da gerade sie die Stadtmitte wesentlich durch ihre wirtschaftlichen Potentiale und durch das kulturelle Leben beeinflussen. Das Projekt fügte sich nahtlos in den gerade begonnenen Stadtmarketingprozess ein.

Zur Projektorganisation – Politik und Zugewanderte bündeln ihre Interessen

Zu Beginn wurde ein Projektbeirat installiert, in dem die Ausschussvorsitzenden der wichtigsten Ratsausschüsse, alle beteiligten Verwaltungsstellen und Multiplikatoren aus dem Bereich der Migranten, wie eine türkische Polizistin, türkische Selbständige, Vertreter des Ausländerbeirats und der islamischen Kulturvereine, beteiligt waren. Aufgabe dieses Projektbeirats war die inhaltliche Begleitung und vor allen Dingen der Transport der Interessen der Zugewanderten in die tägliche Rats- und Verwaltungsarbeit. Der Projektbeirat war mitver-

antwortlich dafür, dass in dem Bergkamer Modellbeitrag eine breite Vielfalt von Projektbausteinen ausgewählt wurde, um die Interessen der Zugewanderten für die Stadtentwicklung aufzugreifen.

So ist es in Bergkamen gelungen, neben der Einbindung von Gewerbetreibenden auch die Beteiligung von türkischen Bewohnerinnen eines Innenstadtwohnquartiers, von Jugendlichen im Rahmen eines Schulworkshops, von Vereinen bei einem kulturellen Projekt im Rahmen von „Ab in die Mitte“ in Bergkamen und mit Bewohnern aus einem weiteren Wohnquartier zu erreichen. Durch intensive Ansprache mit Multiplikatoren und durch die Initiativen der Mitarbeiterinnen von Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH wurden für die einzelnen Projektbausteine wichtige Ergebnisse erzielt, die in den Stadtentwicklungsprozess von Bergkamen aufgenommen sind.

Selbständige Migranten – Chance und Herausforderung für die kommunale Wirtschaftspolitik

Den Investitionen und dem Engagement von ausländischen Geschäftsleuten ist es in Bergkamen zu verdanken, dass sich in der Fußgängerzone in der Stadtmitte-West der

Leerstand von Geschäftsflächen in Grenzen hielt. Diese Entwicklung war aber von der Nordberg-Werbegemeinschaft – einem Zusammenschluss von Kaufleuten – zuvor nicht wahrgenommen worden, denn eine aktive Beteiligung der ausländischen Ge-



schäftsinhaber an Aktionen der Werbegemeinschaft fand nicht statt. Mit Einzelgesprächen und Workshops ist es gelungen, eine gemeinsame Basis für die Zusammenarbeit zwischen den einheimischen und den zugewanderten Geschäftsleuten zu finden. Deutlich wurden durch eine beispielhafte Initiative des Bürgermeisters Roland Schäfer, der alle ausländischen Gewerbetreibenden zu einem Wirtschaftsgespräch eingeladen hatte, sowohl die ökonomische Dimension der ausländischen Unternehmer als auch die Defizite bei der Beratungspraxis und dem Handeln administrativer Stellen. Ein ins Leben gerufener „Unternehmerstammtisch“ für ausländische Unternehmer soll die Aufgaben des Austauschs übernehmen. Auch die Angebote von Arbeitsamt und IHK wurden vorgestellt. Das Arbeitsamt hatte so die Möglichkeit, gezielt für die Ausbildung von Migranten zu werben. In anschließenden Unternehmerversprechungen konnten Erfolge bei der Vermittlung von ausländischen Auszubildenden erzielt werden. Selbständige Migranten tragen zur Entlastung des Arbeitsmarkts bei.

Bedürfnis nach sozial intakten Stadtquartieren

Bei der Beteiligung von Migrantinnen in einem Wohnquartier der Viterra-Wohnen

und durch die Untersuchung eines Neubauquartiers, in dem vorrangig Zugewanderte Eigentum gebildet haben, ist der Wunsch nach einem „behaglichen“ Wohnumfeld genannt worden: Ohne Müllberge, mit sicheren Spielflächen und mit größeren Wohnungen zu angemessenen Mieten. Hier unterscheiden sich die Bedürfnisse nicht von anderen Stadtquartieren in Bergkamen. Auffallend war jedoch, dass selbst von den Zugewanderten die Entwicklung zu einem Ausländer-Quartier als negativ angesehen wird. Deutlich war der Ruf nach Steuerung durch die Stadt zu hören. Aber vielleicht liegt hier die Chance eines multiethnischen Stadtteils, der mit seiner kulturellen Vielfalt die städtische Entwicklung positiv beeinflussen kann.

Jugendliche entdecken ihre Stadt

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunaler Planung in Bergkamen hat eine lange Tradition. So waren es Kinder, die im Rahmen eines Planungsworkshops in der Innenstadt eine Wasserfläche vorschlugen. Heute ist der errichtete Wasserpark in der Stadtmitte nicht nur ein beispielhaftes Regenwasserprojekt, sondern kultureller Veranstaltungsort und Spiel- und Freizeitbereich für Jugendliche. 2004 werden Kinder und Jugendliche im Rahmen von „Ab in die Mitte“ Utopien für die Gestaltung der Innenstadt – insbesondere des 18-geschossigen Wohnturms – gemeinsam mit Planern und Künstlern entwickeln.

Der Wohnturm war neben dem Nordberg auch zentraler Anknüpfungspunkt eines Workshops mit Schülern unterschiedlicher Nationalität zur Entwicklung der Innenstadt. Über alle ethnischen Grenzen hinweg wurden die Schüler befähigt, ihre Ideen zum Ausdruck zu bringen. Diese Ideen haben die Jugendlichen dann im Familienausschuss und Projektbeirat vorgestellt.

Haken und Ösen

Neben der Sprachbarriere, die immer Kommunikationshemmnisse darstellt, war das Projekt durch die religiösen und politischen Gegensätze gekennzeichnet. Gerade der türkische Bevölkerungsteil in Bergkamen wird sehr stark von islamisch fundamentalistischen Gruppierungen gesteuert, was die Kommunikation zwischen kommunalen Einrichtungen und den Migranten erschwert.

Hier erscheint es notwendig, dass durch das kulturelle Lernen auf beiden Seiten sowohl die gesellschaftliche Normalität als auch die demokratischen Strukturen anerkannt werden. Dazu bedarf es eines Netzwerks von Multiplikatoren, die „anerkannt“ sind. Ohne diese Kontakte wäre das Projekt in Bergkamen nicht durchzuführen gewesen. Aber auch für die Verwaltung besteht die zwingende Notwendigkeit, interkulturelle Kompetenz zu entwickeln. Der verwaltungsinterne Arbeitskreis, der im Rahmen des Projekts gebildet wurde, ist ein erster Ansatz, die Mitarbeiter der einzelnen Ressorts für die Bedürfnisse von Zugewanderten zu sensibilisieren. Dies ist ein Erfolg des Projekts.

Dipl.-Ing. Berthold Boden, Sachgebietsleiter Stadtplanung, Stadt Bergkamen

Wie geht es weiter – dazu Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen und Präsident des Städte- und Gemeindebunds NRW:

Bergkamen ist dem Städtebauministerium dankbar, ein Pilotprojekt zur interkulturellen Stadtentwicklung initiiert zu haben. Die Beteiligung an dem Projekt war für uns ein weiterer, wichtiger Baustein unserer Integrationsbestrebungen. In Bergkamen gibt es eine ganze Reihe von Institutionen, Aktionen und Angeboten, die sich um die Integration des türkischen Bevölkerungsteils bemühen. Mit dem Projektbeirat wurde eine neue Kommunikationsstruktur zwischen Multiplikatoren und Stadtrat aufgebaut, die es fortzusetzen gilt. Dazu wird sicher auch der neu zu bildende Integrationsausschuss der Stadt Bergkamen beitragen. Aufbauend auf den Erfahrungen der Partizipation an Planungsprozessen soll in Bergkamen für die kommunale Entwicklung ein „Leitbild Integration“ erarbeitet werden. Integration ist für uns eine Querschnittsaufgabe zwischen allen gesellschaftlichen Zielgruppen.

Bürgerschaftlich lohnt sich doch



Den Eindruck, dass sich bürgerschaftliches Engagement doch lohnt, hatten Bürger und Bürgerinnen aus dem Kölner Westen, als sie in den letzten Monaten des vergangenen Jahres an zahlreichen Runden Tischen die Zukunft ihrer Stadtteile erörtert und in teilweise heftigen Diskussionen um Positionen gerungen haben. Bei dem Verfahren, das es so in der Stadt Köln noch nicht gegeben hatte, ging es um die Rahmenplanung für die Stadtteile Müngersdorf, Braunsfeld und Ehrenfeld, ein nahe dem Stadtzentrum gelegenes Gebiet, das mit ca. 420 ha ungefähr so groß ist wie die Kölner Innenstadt. Bürger und Bürgerinnen, Unternehmen, Investoren, die Vertreter der politischen Parteien und der Stadtverwaltung waren in der so genannten vertieften Bürgerbeteiligung aufgerufen, an fünf Themenabenden ihre Vorstellungen zur zukünftigen Entwicklung dieses Gebiets zu artikulieren und einen Konsens zu suchen. Das Verfahren sollte Klarheit schaffen, wie es in diesem Teil der Stadt zukünftig weitergeht.

Hoher Zeitdruck – viele Inhalte

Mit der Moderation der vertieften Bürgerbeteiligung hatte die Stadt Köln Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH beauftragt. Für die Moderation stand nur

ein enger zeitlicher Rahmen zur Verfügung, damit Investoren und Gewerbetreibende kurzfristig Planungssicherheit erhalten. Die zeitlichen Vorgaben waren angesichts der Größe des Gebiets und der widerstreitenden Interessen der beteiligten Gruppen eine besondere Herausforderung für Ursula Mölders und ihre Kollegen vom Planungsbüro, der sie sich mit großem Engagement stellten. Bei den Bürgern war der enorme Zeitdruck Grund zur Kritik. Sie befürchteten, dass die Qualität des Verfahrens und der Ergebnisse darunter leidet. Sie haben diese Befürchtungen wiederholt gegenüber Politik und Verwaltung zum Ausdruck gebracht.

Ein Bürgerplan als Alternative

Für das extern moderierte Bürgerbeteiligungsverfahren hatten sich die Bürger selbst stark gemacht und erfolgreich um Zuschüsse beim zuständigen Landesministerium geworben. Sie wünschten sich für ihr heimatliches Umfeld ein mit den Bürgern abgestimmtes, städtebaulich, qualitativvolles Gesamtkonzept. Müngersdorfer und Braunsfelder Bürger, zusammengeschlossen in der Arbeitsgemeinschaft Bürgerplan West, hatten deshalb auch unter fachkundiger Begleitung des Architekten Reinhard Angelis einen eigenen Vorschlag für die Rahmenplanung, den Bürgerplan West, erarbeitet. Oberste Zielsetzung der Bürger ist die Schaffung attraktiver Stadtstrukturen mit hoher Aufenthaltsqualität für alle Gruppen, die dort wohnen, arbeiten oder anderen Aktivitäten nachgehen. Anstelle langweiliger Monostrukturen mit unattraktiven, entseelten Büro- und Gewerbebezonen sollten multifunktionale Stadtstrukturen mit Nutzungsmischungen entstehen, die eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen und „planerischen Wildwuchs“, wie er sich vielerorts abzeichnete, eindämmten.

Was fehlte und von den Bürgern mit Nachdruck eingefordert wurde, war eine städtebauliche Vision, wie sich das Gesamtgebiet

auch langfristig entwickeln soll. Der tiefgreifende Strukturwandel im Kölner Westen vom ehemaligen Industriegebiet zu einem modernen Dienstleistungs- und Bürostandort – von den rund 25.000 Arbeitsplätzen im Gebiet befindet sich heute nur noch ein Zehntel im produzierenden Gewerbe – hatte sich in den vergangenen Jahren im Wesentlichen ohne übergeordnetes städtisches Rahmenkonzept und ohne klare städtebauliche Ziele vollzogen. Umwälzende Veränderungen wurden von Investoren bewirkt, die neue Büro- und Gewerbebezonen schufen, ohne dass diese aus Sicht der Bürger in ein Gesamtkonzept eingebunden sind. Die so entstandenen Strukturen, nicht ohne Grund von Kritikern als „Kölns Wilder Westen“ (Bund Deutscher Architekten) bezeichnet, hatten zu dem Engagement der Bürger geführt.

Mehr Nutzungsmischung

Grundlage der Erörterungen und Diskussionen an den gut besuchten Themenabenden der vertieften Bürgerbeteiligung war der städtische Entwurf zur Rahmenplanung Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld. Dieses Konzept unterschied sich in wesentlichen Punkten vom Bürgerplan West. Während die städtische Vorlage einseitig auf die Förderung gewerblicher und Büronutzung ausgerichtet war mit dem Ziel, die Anzahl der Arbeitsplätze zu verdoppeln, forderten die Bürger eine möglichst weitgehende Mischung von Wohnen und Arbeiten, um die negativen Auswirkungen einseitiger Stadtentwicklung mit langweiligen Baustrukturen und menschenleeren, verödeten Straßen am Abend zu verhindern. In vielen Punkten gab es aber auch Übereinstimmungen zwischen dem städtischen Konzept und dem Bürgerplan West, so z. B. bei der Schaffung von Grünverbindungen, einem befriedigenden Fuß- und Radwegenetz und dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.

es Engagement

Bericht über die vertiefte Bürgerbeteiligung zur Rahmenplanung Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld im Kölner Westen aus Bürgersicht

Themenabende

Die unterschiedlichen Positionen der Stadtverwaltung, der Investoren und der Bürger wurden jeweils an den fünf Themenabenden im Einführungsvortrag der Moderation anschaulich und präzise dargestellt, so dass auch weniger informierte Bürger die Chance erhielten, sich ein Bild von den alternativen Entwürfen zu machen. So gingen alle gut gerüstet in die anschließende Diskussion. Die einleitenden Ausführungen der Moderatorin wurden ergänzt durch Fachvorträge der Stadt und externer Experten jeweils zu den Fachthemen des Abends (Verkehr, Wohnen und Kultur, Gewerbe, Grün etc.).

An bis zu 15 Runden Tischen hatten die Teilnehmer das Wort. Sie konnten hier mit maximal zehn Teilnehmern ihre Vorstellungen und Wünsche, ihre Anregungen und kritischen Einwendungen erörtern bzw. zu Protokoll geben. Das Gefühl, ihr Viertel mitgestalten zu können, von Politik und Verwaltung ernst genommen zu werden, motivierte die Teilnehmer. Den äußeren Rahmen für die Gespräche bildete ein vorbereiteter Fragenkatalog zum jeweiligen Thema.

Die Gespräche fanden in offener und überwiegend sachlicher Atmosphäre statt. Nur selten wurden kontroverse Standpunkte so heftig vertreten, dass die Moderatoren vermittelnd eingreifen mussten, so z. B. beim Thema Nutzungsmischung, bei dem sehr verhärtete Fronten aufeinander stießen. Auch bei den Themen Öffentlicher Raum und Umwelt, Arbeiten und Verkehr wurde sehr schnell deutlich, dass ein Konsens zwischen den verschiedenen Gruppen nicht zu erreichen war.

Während die interessenbezogenen Stellungnahmen der Investoren die Bürger nicht überraschten, enttäuschte die Beharrlichkeit der Verwaltung, die sich aus Bürgersicht nicht auf die vorgetragene Argumente der Bürger einließ. Für Stadt und Gewerbe wurden Nutzungsmischungen von Ar-

beiten und Wohnen grundsätzlich nicht als realisierbar eingestuft – schon allein wegen der Abstandsflächen. Lediglich scheint eine Arrondierung der vorhandenen Wohnnutzung möglich. Das dämpfte allzu hohe Erwartungen bei den Bürgern. Es wurden sogar Befürchtungen laut, dass die ganze Bürgerbeteiligung „für die Katz“ sein könnte. Aufmerksam wurden daher die im Verfahren beteiligten Vertreter aus der Politik beobachtet.

Ergebnisse beim Abschlussforum

Die Ergebnisse der Themenabende wurden von den Moderatoren und auf dem Abschlussforum, zu dem bis zu 250 Interessierte kamen, präsentiert. Gleichzeitig wurde von dem Moderationsbüro ein Lösungsvorschlag für das weitere Vorgehen bei der Rahmenplanung unterbreitet, der die vielfältigen, oft konträren Anforderungen, Wünsche und Interessen der Teilnehmer berücksichtigte und anstelle einer starren Rahmenplanung ein flexibles Vorgehen ermöglichte: Grundlage für die empfohlene Flexibilität war die Erkenntnis, dass sich während der Beteiligungsrounden gemeinsam mit Investoren und Gewerbetreibenden zeigte, dass die Rahmenbedingungen, die dem städtischem Entwurf zu Grunde lagen, nicht zu erreichen sind. Neben der einzuarbeitenden Flexibilität wurde ein allgemeines Gebietsleitbild und die Entwicklung von Qualitätsstandards, „Kriterien der Stadtverträglichkeit“, empfohlen. Diese sollen als Richtschnur für zukünftige Entscheidungen dienen. Eine bezirksübergreifende Arbeitsgruppe – das Rahmenplangebiet liegt in zwei Stadtbezirken - aus Vertretern von Politik und Verwaltung sowie fachkundigen Bürgern soll in Zukunft anstehende Planungen besprechen und politische Entscheidungen unter Berücksichtigung der festgelegten Qualitätskriterien vorbereiten. Dieser Vorschlag wurde von den Bürgern



allgemein begrüßt. Sie werden sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass er auch umgesetzt wird.

In Sinne des Leitbilds Köln 2020

Wie Stadtverwaltung und Politik mit dem Vorschlag der Moderatoren umgehen, ist noch offen. Es wäre aber ein überzeugender Beweis für den Einstieg in eine neue Planungskultur im Sinne einer modernen Stadtgesellschaft, wie sie im Leitbild Köln 2020 beschrieben wird, wenn dieses Ergebnis der vertieften Bürgerbeteiligung Grundlage für die Rahmenplanung Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld wird. Ein überzeugender Beweis dafür, dass die Stadt Köln es ernst damit meint, dass Bürgerinnen und Bürger akzeptierte Partner in Stadtentwicklung, Stadtplanung und Stadtgestaltung werden. Wir als Bürgerinnen und Bürger haben uns bei der Bürgerbeteiligung eingebracht, jetzt bleibt spannend, ob auch Stadtverwaltung und Politik ihre Chance nutzen. Wir wünschen uns die Fortsetzung des begonnenen Dialogs im Interesse einer nachhaltigen Stadtentwicklung und von mehr Lebensqualität für alle.

Hildegard Jahn-Schnelle, Vorsitzende des Bürgervereins Köln-Müngersdorf e. V.

Ein neuer Flächennutzungsplan für die Stadt Hückeswagen

In der letzten Ausgabe von Europlan wurde unter dem Titel "Quo vadis FNP?" u. a. die Frage aufgeworfen, in welche Richtung sich der Flächennutzungsplan als strategisches Instrument der kommunalen räumlichen Planung entwickelt hat. Die Erfahrung der Stadt Hückeswagen deckt sich mit der in dem genannten Artikel getroffenen These, dass die vom Gesetzgeber erwünschte Erhöhung der Regelungstiefe nicht umgesetzt wird.

Der alte Flächennutzungsplan der Stadt Hückeswagen erlangte 1983 Rechtskraft, seine strategischen Ziele stammen von Ende der 1970er Jahre. Er hat sich als städtebaulicher Rahmen für die Baulandentwicklung gut gehalten: Mit gerade 14 abgeschlossenen Änderungsverfahren sind die Grundzüge des Plans erhalten geblieben. Die Bereitstellung von gewerblichen Flächen und Wohnbauland hat sich überwiegend in den vorgegebenen Bereichen vollzogen. Anlass für die Neuauflistung des Flächennutzungsplans, den Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH erarbeitet, war daher nicht ein Umschwenken in der Stadtentwicklungsplanung, sondern es waren die fehlenden neuen Flächenpotentiale. Daraus ergab sich für die Kommune eine Aufgabenstellung mit Rückblick und Vorausschau: Wie ist die Entwicklung der letzten 20 Jahre zu betrachten und kann diese Entwicklung weiter betrieben werden?

Zur Geschichte der Stadt

Hückeswagen ist eine über 900 Jahre alte Stadt, die sich um die Festung der Grafen von Hückeswagen über dem Tal der oberen Wupper entwickelt hat. Von der traditionsreichen Tuchmacherindustrie in der Stadt zeugen heute lediglich noch alte Fabrikgebäude und die Villen der Fabrikanten. Umgeben von ihren ausnahmslos größeren Nachbarn Wipperfürth, Radevormwald, Wermelskirchen und Remscheid liegt die Stadt rund 50 km nordöstlich von Köln und 30 km südlich von Wuppertal. Als Grundzentrum mit rund 16.500 Einwohnern ist die Infrastrukturausstattung als eher dünn zu bezeichnen. Enge Pendlerverflechtun-

gen bestehen insbesondere in den Remscheider Raum. Hückeswagen ist überwiegend als Wohngemeinde zu betrachten, wenngleich es in den vergangenen Jahren gelungen ist, durch gezielte Gewerbeflächenweisung einem Wandel zur reinen Schlafstadt entgegenzuwirken.

Schlüsselprojekte

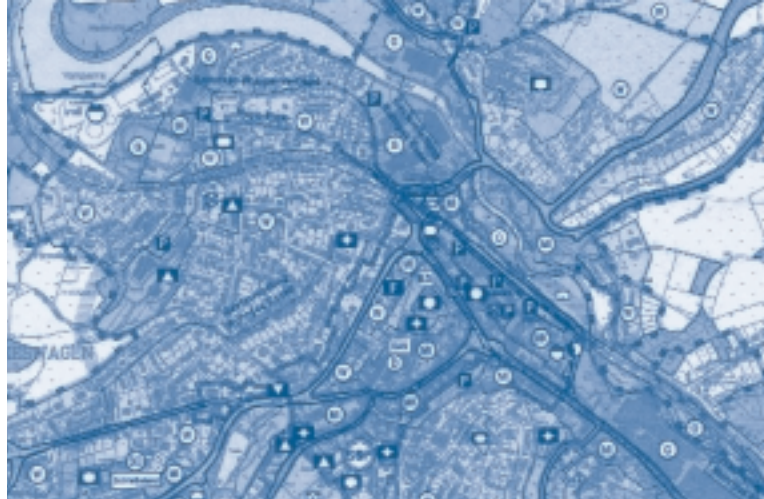
Die Erschließung eines Gewerbe- und Industriegebiets am westlichen Stadtrand als interkommunales Vorhaben mit der Nachbarstadt Remscheid ist als Schlüsselprojekt zu werten. Die bandartige Struktur des Ortsteils Wiehagen in Richtung Westen, die in den 60er Jahren begann und ihren räumlichen Abschluss in einem Gewerbegebiet der 70er und 80er Jahre findet, wurde in den 90er Jahren mit dem neuen Gebiet fortgesetzt. Die Nähe zur Autobahn und zum Nachbarn Remscheid machen das Areal für Betriebe aus der Region attraktiv, die Vermarktung der Grundstücke ist trotz der schwierigen Wirtschaftslage erfolgreich.

Die Zielsetzungen des alten Flächennutzungsplans sind insgesamt betrachtet erfüllt worden und haben positiv auf das Geschehen in der Stadt gewirkt. Aus dieser historischen Betrachtung ließ sich die Aufgabenstellung für den neuen Flächennutzungsplan ableiten. Ziel ist die kontinuierliche Weiterentwicklung und Vervollständigung der siedlungsräumlichen Struktur mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Stärkung eines kompakten Stadtkörpers unter Freihaltung des Außenbereichs. Dieser unspektakuläre Ansatz war und ist Leitlinie für die Erarbeitung des neuen Planwerks.

Die neuen Flächenausweisungen erstrecken sich zum überwiegenden Teil im westlichen Stadtgebiet. Anknüpfend an die vorhandene Bebauung werden Wohnbauflächen entlang der projektierten Verlängerung der Montanusstraße und an der Kölner Straße dargestellt. Um die Ortslagen Heidt und Junkernbusch gruppieren sich Flächen für gewerbliche Zwecke. Der vorhandene Pflanzen- und Baustoffhandel wird in der Flächenausweisung vergrößert und der zentrale Bereich um die vorhandene Ortschaft Wohnzwecken zugeführt. Ein Nahversorgungsstandort, angegliedert an den Ortsteil Wiehagen, ein neuer Sportplatz in räumlicher Nähe zu Wiehagen und dennoch mit hinreichendem Abstand zu den schutzbedürftigen Wohngebieten, sowie ein Sport- und Freizeitbereich, der sich in Innenstadtnähe beim vorhandenen Freizeitbad, der Mehrzweckhalle und den Tennis- und Reitanlagen befindet, vervollständigen die Liste der neuen Bauflächen im Westen. Lediglich eine nennenswerte zusätzliche Wohnbaufläche befindet sich im Norden der Stadt.

Im Außenbereich wurde bewusst auf die Darstellung von baulichen Nutzungen verzichtet. Der Freiraum ist auch für die Erholungssuchenden von großer Bedeutung. Die Erholungsgebiete und begleitende Bauflächen der historischen Ortschaften am Ufer der Bevertalsperre stellen lediglich das geltende, verbindliche Planrecht in generalisierender Weise dar. Damit kann sichergestellt werden, dass die Erholungsfunktionen von See und Landschaft auch nachfolgenden Generationen erhalten bleiben.

Die Beschränkung auf die Darstellung der Bauflächen nach § 1 Abs. 1 BauNVO sichert



der Stadt die Möglichkeit, auf veränderte Rahmenbedingungen flexibler zu reagieren. Die verbindliche Bauleitplanung erscheint das geeignetere Instrument zu sein, um Bauweisen, Grundstücksgrößen oder Geschossigkeiten festzusetzen.

Eine Prioritätensetzung erfolgt über die Darstellung des Flächennutzungsplans ebenfalls nicht. Obwohl die Vorstellungen recht konkret sind, welche Flächen früher und welche Flächen später entwickelt werden sollen, wurde auf eine Erläuterung bewusst verzichtet. Die Verfügbarkeit der Flächen ist in den überwiegenden Fällen noch ungewiss. Eine frühzeitige Prioritätensetzung könnte daher der Bodenspekulation Vor-schub bieten.

Ein neues Stadtentwicklungskonzept

Die Stadt nutzt die Möglichkeit, über den Zeithorizont des Flächennutzungsplans und die Bedarfe für die nächsten 15 Jahre hinaus zu blicken. In einem dem Erläuterungsbericht angefügten Stadtentwicklungskonzept wird eine weitere große Baufläche dargestellt. Sie ist als Lückenschluss zwischen den neuen Bauflächen des Flächennutzungsplans ein Signal. Im Bedarfsfall soll sie als Grundlage für die Anpassung des übergeordneten Gebietsentwicklungsplans dienen. Sie rundet den Siedlungskörper der Stadt ab und vervollständigt die westwärts gerichtete Siedlungsentwicklung. Das Stadtentwicklungskonzept geht mit seiner Aussage über eine ausschließlich informelle Planung hinaus. Gerade als Bestandteil des Flächennutzungsplans dokumentiert es auch gegenüber der höheren Verwaltungsbehörde den städtebaulichen Willen der Stadt.

Flächenpool für Ausgleichsflächen

Der Aspekt der Flexibilität stand bei den Überlegungen zur Darstellung von Ausgleichsflächen im Vordergrund. Im Plan werden lediglich zwei Ausgleichsflächen neu dargestellt. Diese Flächen wurden im

Zuge von städtebaulichen Rahmenplanungen für neue Bauflächen in räumlicher Zuordnung zu den Eingriffen als Flächen für Ausgleichsmaßnahmen festgelegt. Der übrige Ausgleichsbedarf des Flächennutzungsplans wird durch die Aufstellung eines Flächenpools für Ausgleichsmaßnahmen gedeckt. Parallel zur Aufstellung des FNP mit seinem landschaftspflegerischen Fachbeitrag wurde das Stadtgebiet auf geeignete Ausgleichsflächen untersucht. Als Ergebnis liegen nun Suchräume für konkrete Maßnahmen vor. Die Größe der Suchräume beträgt rund das Sechsfache der erforderlichen Ausgleichsflächen. Innerhalb dieser Suchräume ist der Ausgleich für den Flächennutzungsplan und die nachgelagerte Bebauungsplanung umzusetzen. Durch eine vertragliche Vereinbarung mit der zuständigen Landschaftsbehörde und der Forstbehörde ist die Sicherstellung der Ausgleichsregelung gewährleistet.

Der Flächenpool erlaubt es der Stadt, ökologisch sinnvollere, weil im größeren Flächenzusammenhang stehende Maßnahmen durchzuführen. Durch die Größe der Suchräume, die den eigenen Ausgleichsbedarf um ein Vielfaches überschreitet, können die Bodenpreise auf einem vertretbaren Niveau gehalten werden. Nur so können Ausgleichsmaßnahmen zu wirtschaftlich sinnvollen Konditionen umgesetzt werden.

Die Flächenangebote, die der Stadt kontinuierlich zur Realisierung von Ausgleichsmaßnahmen unterbreitet werden, belegen die Richtigkeit dieser Ausgleichskonzeption.

Dabei benötigt nicht allein die Stadt Hückeswagen Ausgleichsflächen, sondern auch andere Planungsträger. Der Landesbetrieb Straßenbau NRW betreibt den Neubau der Bundesstraße 237. Der erforderliche Ausgleich für die neue Straße wird ebenfalls in dem Flächenpool realisiert werden. Die frühzeitige Abstimmung zwischen den Planungsträgern und eine integrierte Konzeption, die alle wichtigen, ausgleichspflichtigen Vorhaben berücksichtigt, ver-

hindert eine Konkurrenzsituation, die sich negativ auf die Bodenpreise auswirken könnte.

Windanlagen

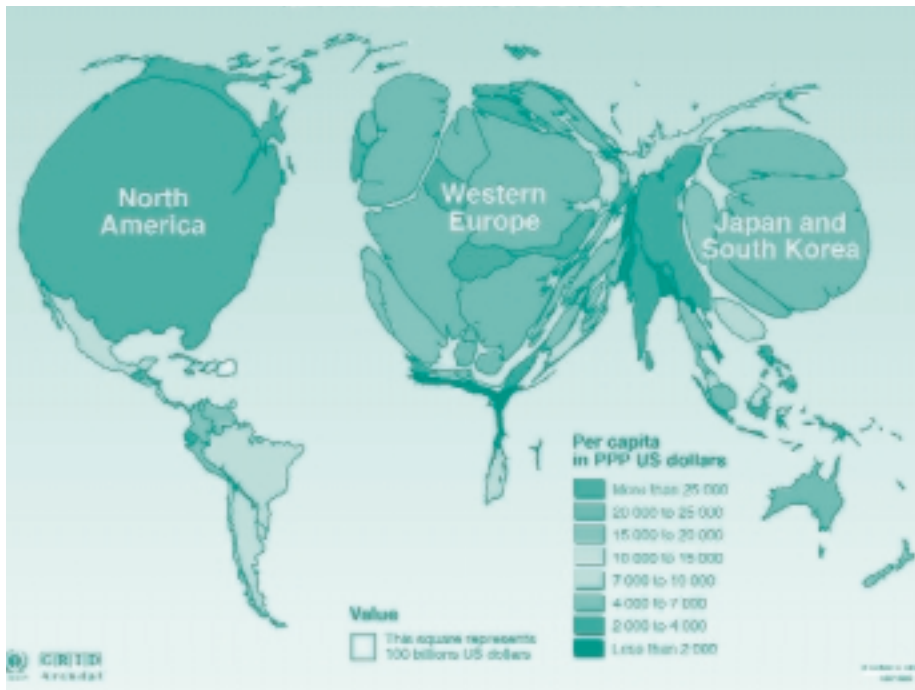
Eine weitere Untersuchung des Außenbereichs befasste sich mit der Thematik der Windenergieanlagen. Die Überlagerung der erforderlichen Abstände zu schutzbedürftigen Nutzungen oder Objekten, die sich aus den einschlägigen Vorschriften ergeben, zeigte, dass lediglich drei Vorrangstandorte geeignet sein könnten. Von diesen drei Standorten scheidet einer aus, da er in einem Korridor zur Funkübertragung liegt. Ein zweiter wird nicht dargestellt, da er sich in unmittelbarer Nachbarschaft zu der Baufläche befindet, die nach dem Stadtentwicklungskonzept für den Zeithorizont nach dem FNP entwickelt werden soll.

Somit kann im Flächennutzungsplan nur ein Vorrangstandort für Windenergie dargestellt werden. Das Schlagwort der Verhinderungsplanung kann bei diesem Ergebnis schnell fallen. Dem ist allerdings entgegenzuhalten, dass ein ernster Versuch unternommen wurde, den Willen des Gesetzgebers umzusetzen. Die von ihm gewünschte Stärkung der Windenergie kann jedoch nicht über die Belange der städtebaulichen Entwicklung einer Stadt gestellt werden.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Flächennutzungsplan als Steuerungsinstrument in der bisherigen Form sehr wohl seine Wirkung tun kann. Manche Diskussion um Prioritätensetzung oder höhere Regelungstiefe muss vielleicht in einer überschaubaren, kleinen Stadt nicht unbedingt in einer Darstellung im FNP ihren Niederschlag finden. Wesentlich wichtiger ist es, die Flexibilität des vorhandenen Instrumentariums zu nutzen.

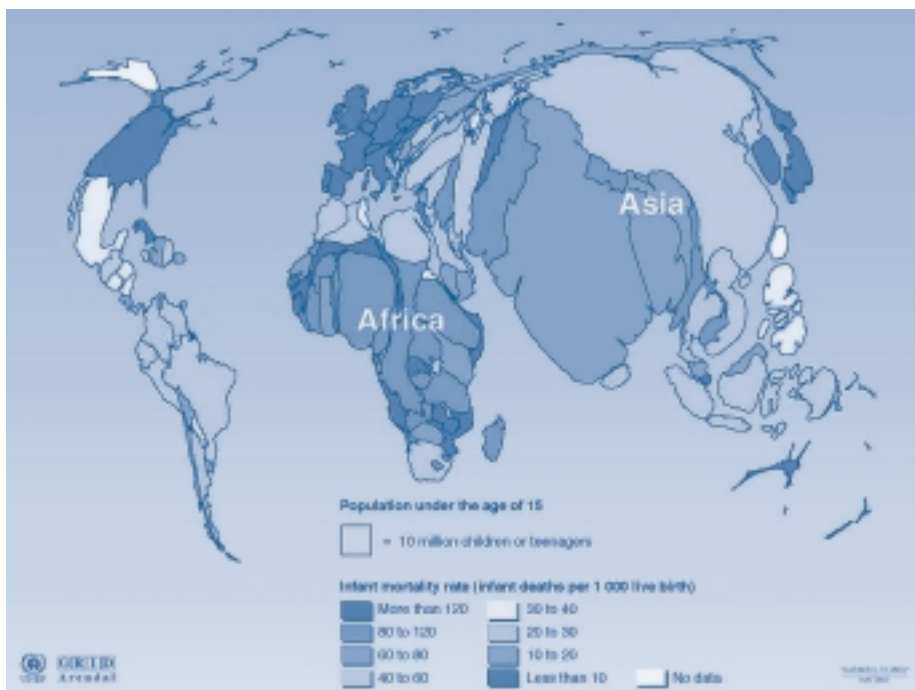
*Dipl.-Ing. Andreas Schröder, Leiter
Fachbereich IV, Stadtentwicklung, Bauen,
Stadt Hückeswagen*

Bruttoinlandsprodukt in Dollar



Jede Reise in sogenannte Schwellen- oder Entwicklungsländer lässt den westlichen Reisenden nachdenklich werden. Vor Ort wird deutlich, wie ungleichgewichtig die Wirtschaftsgüter und das zum Leben zur Verfügung stehende Kapital verteilt sind. In einem Vortrag von Prof. Dr. Klaus Töpfer, Direktor des UN-Umweltprogramms (UNEP) wurden zwei interessante Grafiken gezeigt, die dieses Missverhältnis in Form der Weltkarte zeigen. In der ersten Grafik bläht das insgesamt zur Verfügung stehende Bruttoinlandsprodukt in Dollar vor allem die westlichen Länder und Japan auf. Andere Länder verschwinden fast vollständig oder werden ziemlich schlank. Das Ungleichgewicht wird durch die farbliche Abstufung noch deutlicher.

Bevölkerung unter 15 Jahren und Kindersterblichkeitsrate



Die zweite Grafik stellt die Verteilung der Einwohner unter 15 Jahren dar. Hier gewinnen die afrikanischen und asiatischen Staaten vor den europäischen und nordamerikanischen Staaten an Fläche. Mit den Grafiken sind auch die Hauptaufgaben der Weltpolitik beschrieben: Die Bewältigung des demografischen Wandels, sowohl in den „jungen“ als auch in den „alten“ Staaten, und die Schaffung von gleichberechtigtem Zugang zu den Ressourcen der Welt.

Impressum

Herausgeber:
Stadt- und Regionalplanung
Dr. Paul G. Jansen GmbH

Bachemer Straße 115
 50931 Köln
 Telefon 0221/9 40 72-0
 Telefax 0221/9 40 72-18

info@stadtplanung-dr-jansen.de
 www.stadtplanung-dr-jansen.de

Redaktion:
 Dipl.-Geogr. Ursula Mölders

Unter Mitarbeit von:
 Dorothee Rodermann M.A.
 Dipl.-Geogr. Bettina Gringel

Gestaltung:
 Dr. Hein Werbeagentur GmbH, Köln

In europlan verzichten wir grundsätzlich wegen der besseren Lesbarkeit von Texten auf die Schreibweise „Innen“ für Bürger, Teilnehmer, Akteure etc. Selbstverständlich sind für uns immer gleichzeitig und chancengleich Männer und Frauen angesprochen.

Falls Sie den europlan nicht weiter beziehen möchten, benachrichtigen Sie uns bitte per E-Mail (info@stadtplanung-dr-jansen.de) oder per Fax (0221/94072-18). Vielen Dank!

© Stadt- und Regionalplanung
 Dr. Paul G. Jansen GmbH